



# Europa



# Newsletter

## Zum Denken und Fühlen ..

Gerne greife ich den Vorschlag auf, Themen, die wir ggf. im Kreis diskutieren sollten, im Newsletter getrennt aufzuführen. Damit diese Themen beim Scrollen nicht verloren gehen, möchte ich sie in Zukunft gerne an den Anfang stellen:

### Landesparteitag in Willingen, 15./16. November 2014



Der im Kreisvorstand mehrfach diskutierte und beschlossene Antrag zu einer vorläufigen Beendigung weiterer Aufnahmen in die EU zugunsten einer Konsolidierung der Zusammenarbeit der bestehenden 28 Mitgliedsstaaten ist nicht zur Abstimmung gekommen. Er wurde auf den nächsten Parteitag verschoben. Ein in letzter Minute eingereichter Gegenantrag der Frankfurter Parteifreunde erstaunte angesichts der angestrebten Zusammenarbeit im Bezirk Rhein-Main, kam aber ebenfalls nicht zur Abstimmung.

### Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Republik Moldau

In diesem Sinne gehen die Assoziierungsbestrebungen der EU ohne große Begrün-

dung und fast unbemerkt von der europäischen Öffentlichkeit weiter. Die Abgeordneten des Europäischen Parlaments haben dem Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Republik Moldau am 13. November 2014 mit großer Mehrheit zugestimmt. Der Kommissar für Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen Johannes Hahn betonte in seiner Rede den Beitrag des Abkommens, die Transparenz zu erhöhen, Wirtschaftswachstum zu fördern und Stabilität und Wohlstand zu unterstützen. %o

Das Assoziierungsabkommen mit der Republik Moldau besteht, ebenso wie jenes mit der Ukraine, aus einer politischen Kooperation und einer wirtschaftlichen Integration. Der integrierte Freihandelsteil begründet eine vertiefte und umfassende Freihandelszone zwischen der EU und Moldau und beinhaltet eine schrittweise Annäherung moldauischer Rechtsvorschriften an Standards der Europäischen Union.

## Europäischer Gerichtshof

### Urteil zur Entscheidung der Kommission zur Sperrung von Strukturfondsmitteln für Abfallentsorgung in Italien

Der EuGH hat am 06.11.2014 in seinem Urteil in der Rechtssache C-385/13 die Entscheidung der Kommission, Gelder aus dem Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) für die Abfallentsorgung in ITL zu sperren, für rechtens erklärt. Die Kommission hatte im Jahre 2000 das Operationelle Programm Kampagnen (OP





# Europa



# Newsletter

Kampanien) genehmigt. Eine in diesem Programm enthaltene Maßnahme umfasste mehrere Operationen, die das regionale System der Abfallbewirtschaftung und . beseitigung betrafen. Die Intervention der Region Kampanien führte zu Ausgaben in Höhe von ca. 93 Mio. EUR, von denen ca. die Hälfte (46 Mio. EUR) aus dem EFRE kofinanziert wurden. 2007 leitete die Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen ITL ein, weil ITL in Kampanien nicht sichergestellt habe, dass die Abfälle beseitigt würden, ohne die menschliche Gesundheit zu gefährden und ohne die Umwelt zu schädigen. Außerdem habe es unterlassen, ein angemessenes Netz von Beseitigungsanlagen zu errichten.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=159297&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=706175>

## Europäische Kommission

### Subventionen in Höhe von 647 Mio. EUR in Energie-Infrastruktur genehmigt

Auf der Sitzung des Koordinierungsausschusses für die Connecting Europe Fazilität (CEF) am 29.10.2014 stimmten die Mitgliedsstaaten für die Bereitstellung von 647 Mio. EUR zur Unterstützung von 34 Maßnahmen für zentrale und vorrangige Energie-Infrastrukturprojekte. Der Großteil der Gelder fließt an Gasvorhaben im Ostseeraum, in Mittelost- und in Südosteuropa. Durch CEF werden Projekte gefördert, die zwar wirtschaftlich nicht profitabel sind, aber wesentlichen Nutzen für mindestens

zwei Mitgliedsstaaten bieten. Die unterstützten Projekte sollen außerdem dazu beitragen, die Energieversorgungssicherheit der EU zu verbessern und bisher vom EU-Energiernetz ausgeschlossene Mitgliedsstaaten zu integrieren.  
[http://ec.europa.eu/energy/infrastructure/pci/pci\\_de.htm](http://ec.europa.eu/energy/infrastructure/pci/pci_de.htm)

### 39 Mio. EUR Förderung des Agrarabsatzes in der EU und in Drittstaaten

Am 30.10.14 hat die Kommission 27 Programme zur Förderung von landwirtschaftlichen Erzeugnissen in der EU und in Drittländern bewilligt. Das Gesamtbudget der Programme beträgt 77.4 Mio. EUR, von denen die EU 39 Mio. EUR beiträgt. Die ausgewählten Programme decken eine große Vielfalt von Produktkategorien ab, zum ersten Mal auch Schaffleisch. Von den 27 Programmen zielen 21 auf den Binnenmarkt und sechs auf Drittstaaten (Nordamerika, Lateinamerika, Nahost, Südostasien, Japan, Nordafrika und Türkei) ab. Die Kommission erhofft sich von den Programmen eine Konsum- und Verkaufssteigerung von den in der EU erzeugten Agrarprodukten.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_IP-14-1232\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_IP-14-1232_en.htm)

### Kommission will "fitte Industriepolitik"

In ihrer Rede sAn EU industrial policy fit for the 21st century%am 12.11.2014 erläuterte die Kommissarin für Binnenmarkt, Industrie und Unternehmen, Elzbieta Bienkowska,





# Europa



# Newsletter

wie sie die europäische Industriepolitik reformieren und fit für das 21. Jahrhundert machen möchte.

In ihrer Rede sagte Bienkowska, dass das größte Problem der europäischen Industriepolitik der große Rückgang an Investitionen sei. Im Vergleich zu der Zeit vor der Wirtschaftskrise läge die Zahl der Investitionen 20% unter denen vor der Wirtschaftskrise. Konkrete Maßnahmen seien besonders bei Dienstleistungen im Binnenmarkt, öffentlichem Auftragswesen, geistigem Eigentum und zur Schaffung eines günstigen Unternehmensumfelds nötig. Bezüglich der Automobil-, Chemie- und der Verteidigungsgüterindustrie sowie der Raumfahrt würden Initiativen gestartet werden.

[http://europa.eu/rapid/press-release\\_SPEECH-14-1680\\_en.htm](http://europa.eu/rapid/press-release_SPEECH-14-1680_en.htm)

## Europäischer Rechnungshof

In seinem am 05.11.2014 veröffentlichten Jahresbericht zum EU-Haushalt warnte der Europäische Rechnungshof (EuRH), dass das Haushaltssystem zu sehr auf die Verwendung der Mittel ausgerichtet sei, der Schwerpunkt müsse indessen stärker auf der Erzielung von Ergebnissen liegen. Als unabhängiges Prüfungsorgan zeichnete der EuRH die Jahresrechnung der EU ab, betonte aber, dass die Verwaltung der EU-Ausgaben insgesamt noch nicht gut genug sei - weder auf EU-Ebene noch in den Mitgliedstaaten. Während des gesamten Haushaltszeitraums 2007-2013, so die EU-Prüfer, hätte die Verwendung der Mittel nach dem Grundsatz "use it or lose it" (Ver-

fall bei Nichtnutzung) Vorrang vor der Erzielung guter Ergebnisse gehabt.

## Eurogruppe

Die Finanzminister der Eurogruppe haben auf ihrem Treffen am 6. November 2014 auch über das griechische Hilfsprogramm gesprochen, das Ende 2014 ausläuft. Die Eurogruppe unterstützt die Bereitstellung einer vorbeugenden Kreditlinie, um den Übergang aus dem Programm zu erleichtern. Denn die Kapitalmärkte werden noch als fragil eingeschätzt und es bestünden zudem weitere Reformherausforderungen für Griechenland, hieß es zur Begründung aus der Eurogruppe.

Diese Kreditlinie könnte erstmalig aus dem ESM bereitgestellt werden. Weitere Details sollen im Dezember diskutiert werden, wenn auch die Ergebnisse des nächsten Troika-Berichtes vorliegen. Die Minister sprachen sich auch dafür aus, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) weiterhin einbezogen werden soll (DIHK, Brüssel)





# Europa



# Newsletter

**Auswahl und Redaktion:**



**Dagmar Weiner**

Europabeauftragte der FDP Kreis Offenbach

Pappelweg 14, 63263 Neu-Isenburg

E-Mail: [d.weiner@fdp-kreis-of.de](mailto:d.weiner@fdp-kreis-of.de)

*Ausgabe 4/2014, 23. November 2014*

